

Eingangsstufe vor der Tür

«Schule für alle»: Integrieren heisst mehr als anpassen
Basisstufe braucht gute Lehrpersonen und die beste Ausstattung

Pestalozzipreis mit LCH

Gesucht: Schulen und Gemeinden als kinderfreundliche Lebensräume



Integrieren bedeutet mehr als anpassen

Die Kantone sind auch mit HarmoS weiterhin frei bei der Organisation der ersten vier Schuljahre. Trotz kantonaler Unterschiede in der Gestaltung der Eingangsstufe stellen sich überall ähnliche pädagogische, gewerkschaftliche und standespolitische Fragen. Marie-Hélène Stäger, Geschäftsführerin KgCH und LCH-Vizepräsidentin, beleuchtet unter anderem die standespolitischen und gewerkschaftlichen Aspekte.



Nina und Michael fahren in den Zoo

Auf dem Weg zu einer «Schule für alle», in welcher das Wohl aller Kinder im Vordergrund steht.

An der EDK-Plenarversammlung vom 14. Juni wurde das HarmoS-Konkordat verabschiedet. HarmoS lässt die Organisation der Eingangsstufe offen, einzig der Schuleintritt ist mit dem erfüllten 4. Lebensjahr (Stichtag 31. Juli 2007) festgelegt worden. Die Kantone sind frei, eine drei- oder vierjährige Basisstufe einzuführen oder wie bisher einen (Zweijahres-)Kindergarten zu führen.

Marie-Hélène Stäger, LCH-Vizepräsidentin und Geschäftsführerin KgCH

Trotz kantonalen Unterschieden ergeben sich aus der Praxis gemeinsame Fragestellungen, die bearbeitet werden müssen und die für Lehrpersonen pädagogisch, gewerkschaftlich und standespolitisch wichtig sind. In verschiedenen Kantonen werden zukünftige Modelle einer Eingangsstufe diskutiert und zu-

dem sind Gesetzesänderungen in Erarbeitung. Hier gilt es als Gewerkschaft vor Ort Einfluss zu nehmen.

Mit der drei- oder vierjährigen Basisstufe wird eine markante Verbesserung der Eingangsstufe und somit mehr Chancengerechtigkeit erwartet. Die Auswertung des Schulentwicklungsprojekts «Erziehung und Bildung in Kindergarten und Unterstufe» im Rahmen der EDK-Ost soll aufzeigen, ob dieser Anspruch erfüllt werden kann. Das Projekt steht in der Halbzeit; erste aussagekräftige Evaluationsergebnisse werden im Frühling 2008 erwartet. Wo die Kantone aber nicht auf die Ergebnisse warten wollen oder können, muss die Situation beharrlich verfolgt werden.

Eine Orientierungshilfe wird zurzeit in der Pädagogischen Kommission des LCH erarbeitet. Das Positionspapier soll auf Kernthemen aufmerksam machen und

die heute schon bekannten Erkenntnisse dieser Bildungsstufe darstellen.

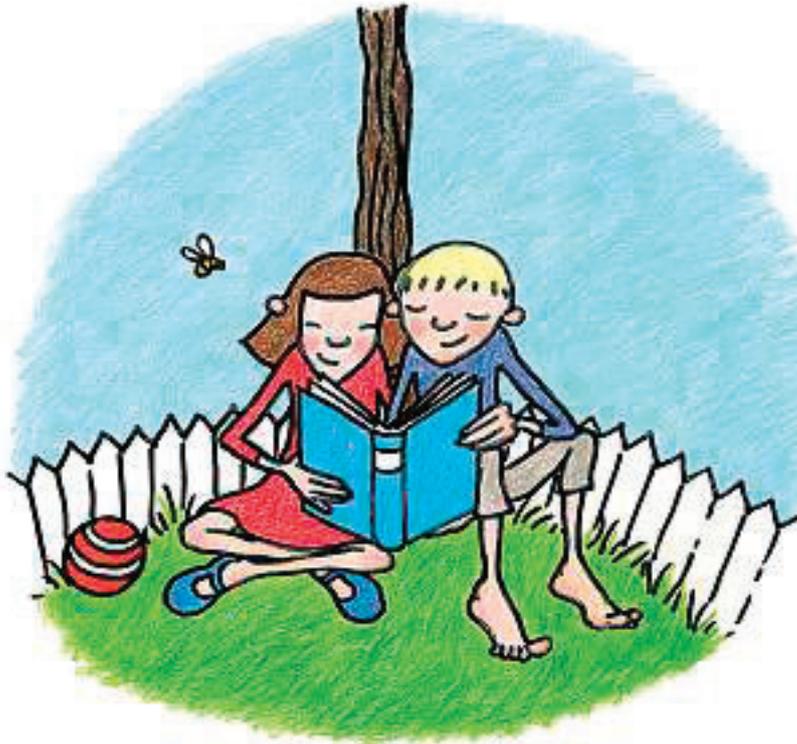
Alle Barrieren reduzieren

Das Grundprinzip der Basisstufe ist die «Schule für alle» (Inklusion). Das Konzept der Schule für alle oder wie dies im deutschen Sprachraum der Diskurs der «Pädagogik der Vielfalt» genannt wird, umfasst das angemessene, nicht hierarchische und damit demokratische Eingehen auf die vorhandene Heterogenität der Schülerinnen und Schüler. In Inklusion geht es darum, alle Barrieren in Bildung und Erziehung für alle Lernenden auf ein Minimum zu reduzieren. Inklusion geht weg vom Fokus auf das einzelne Kind, welches integriert und dementsprechend «angepasst» gefördert wird, zu allen Kindern, zur Schule.

Es besteht Förderbedarf für die Schule, d.h. die Schule geht der Frage nach, wel-

Basis-/Grundstufe: Nur die Besten sind gut genug

Ziel der Basis- respektive Grundstufe soll die Integration aller Kinder sein, auch derjenigen, die bisher in Sonderklassen gefördert wurden. Claude Bollier, Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich, zeigt auf, welche Bedingungen erfüllt sein und öffentlich diskutiert werden müssen.



Integration muss die Regel sein: Kinder sollen nur in begründeten Ausnahmefällen in Sonderklassen gefördert werden.

Illustration aus: «Wortgewand&zahlenstark», Lehrmittelverlag des Kantons Zürich

Die Grund- und Basisstufenversuche legen den Fokus auf die Integration des Kindergartens in die Volksschule, das neue Lernverständnis 4–8-Jährigen gegenüber und curriculare Fragen mit einem Schwerpunkt in Sprache und Mathematik. Mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) im Rahmen der IV haben die Kantone neue sonderpädagogische Konzepte in Vorbereitung oder bereits erlassen. Nebst der Abstimmung des Curriculums, der Definition von Standards und der Einbettung der neuen Eingangsstufe in das Schulsystem ist der Integration auch von Kindern mit besonderen Bedürfnissen wie z.B. einer Behinderung spezielle Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei soll der Grundsatz der Integration vor Separation gelten und separierende Massnahmen reduziert oder neu gestaltet werden.

**Claude Bollier,
Dozent an der HfH**

Die letzten PISA-Ergebnisse zeigen: Die Schweizer Schule integriert den hohen

Anteil an Kindern und Jugendlichen mit fremdsprachigem und anderem kulturellem Hintergrund: Sie erreicht ihre Position mit allen gemeinsam (BILDUNG SCHWEIZ 12/2007). Eine ganze Reihe von Schulen integriert darüber hinaus und schon seit Jahren Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die einem angepassten Lernprogramm zu folgen vermögen.

Nun soll die Integration nach jahrelanger Forschung mit eindeutigen Ergebnissen systematisch angepackt werden: Das sonderpädagogische Angebot wird umgebaut, die Konzepte im Zusammenhang mit dem NFA neu formuliert. Die Kernintention der Integration erscheint dabei zunehmend als unbestrittenes – aber auch kaum öffentlich diskutiertes – Postulat, auch für die Basisstufe: «Die Basisstufe sagt Ja zu Heterogenität und Integration.» (2. Leitidee, Arbeitspapier Projektkommission 4 bis 8, 12/2007).

Andererseits zeigt sich auch, dass die Schule nur scheinbar «integriert», dass z.B. fremdsprachige Buben einer strengerer Selektion unterstehen und der

Anteil der mit 20% im Schulsystem falsch Platzierten immer noch gross ist (OECD-Berichte). Das sonderpädagogische Angebot hat in den letzten Jahren in einzelnen Kantonen jedes fünfte bis dritte Kind erreicht.

Nun sollen alle Kinder mit besonderen Bedürfnissen, welche bisher Sonderschulung erhielten, zuerst integriert werden. Gemeint sind Kinder mit körperlichen und kognitiven Einschränkungen, bestimmten Bedürfnissen in psychischer oder verhaltenspsychologischer Hinsicht und Lernbehinderungen, welche grundsätzlich schulbildungsfähig sind.

In einigen Kantonen gilt explizit oder implizit neu die Regel, wonach eine Separation (durch Sonderschulung) besonders begründet werden muss und Integration der Normalfall sein soll. Das macht Sinn, ist ein Recht und das grundsätzliche Ziel ist es auch: Integrierte Kinder zeigen Erfolge in der Sozial- und Sachkompetenz (schulische Leistung), Kinder mit Behinderung werden aber im Selbstbewusstsein und -vertrauen stär-